

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

12 (15.1.1896) II. Blatt

bürde da nicht fragen, wie groß ist der Lohn, sondern, was hat die Persönlichkeit zu thun. Etwas dergleichen sollte man nicht in das Publikum hinein-schleudern, ehe man die Sache untersucht hat. Was den freien Tag betreffe, so scheint ihm höchst zweifelhaft, ob derselbe auch in dem erhofften Sinne verwendet würde. Das Trinkgeldverwehren sei ein Unwesen, aber nicht so schlimm, wie man vielfach meine. Wenn man Kellnerinnen ein Trinkgeld gebe, so bekomme man keine Härtlichkeiten dafür, sondern wenn man ihnen keines gebe, dann könne man Grobheiten von ihnen bekommen. (Geistesf.) Den Einfluss der Kirche schäme er, aber auch diese könne nicht viel helfen. Viele Familien lassen ihre Mädchen an den Sonntagen in die Kirche und diese gehen auch dahin, aber doch sind sie zu einem Theile leichtsinnig. Auch mit Meiners Vorschlägen werde nicht viel erreicht werden. Würde man die gefallenen Mädchen behandeln wie die Männer, bei welchen der Festtritt doch nicht diese Folgen hat, so würden weit mehr Mädchen fallen. Aus den Ausführungen des Ministers gehe hervor, daß im Wesentlichen das Mögliche bei uns schon geschieht.

Abg. Wader (Str.): Der Abg. Schaefer habe zu einem entschiedenen Widerspruch förmlich genötigt, wenn er auch im Anfang dem Abg. Weis mit Recht entgegengetreten sei. Schaefer würde nicht die vorbenegende Thätigkeit der Kirche. Auch dem Minister müsse er widersprechen. Die Polizei sei nicht auf der Höhe der Zeit. So sei das Prostitutionswesen in Freiburg ein Skandal vor dem ganzen durchreisenden Publikum. Wenn die Polizei ernstlich wollte, hätte der Skandal längst aufgehört. Es sei gar nicht zu sagen, was in Freiburg Tag für Tag an dem Begleitamt für Schaden angerichtet werde. Er sei wiederholt selbst auf dem Begleitamt gewesen, aber das Begleitamt in seiner Leistung sei nicht weniger als ein Begleitamt auf der Höhe seiner Aufgabe. Gegen Weis bemerke er, gerade in den Weis politisch nahe liegenden Arbeiterkreisen sei die Sittlichkeit am feinsten, gerade in manchen andern Kreisen. Wenn von den Arbeiterkreisen allgemein gesprochen würde, dann hätte Weis Recht. Doch aber in den Weis nahe liegenden Kreisen die Sache anders sei, das sei naturgemäß, denn diese Kreise seien einen starken Prozentsatz Solcher, die in religiöser Beziehung zu den Nichtgläubigen gerechnet werden dürften. Wo religiöser Nihilismus eine Rolle spiele, da sei immer die Sittlichkeit in Frage gestellt und je niedriger der Mensch in Bezug auf Bildung stehe, desto tiefer geht es abwärts und eine desto größere Rolle spiele die Noth. So trete gerade in den Weis nahe liegenden Arbeiterkreisen die sittliche Verrohung mit der ausgeprägtesten Frechheit und Unverschämtheit zu Tage. An den badi-schen Mittelschulen und nicht bloß jenen der größeren Städte, sondern auch der mittleren und kleinen, habe die sittliche Verwahrlosung in äußerst bedenklichem Umfang zugenommen und es sei zu bedauern, daß die hier in Betracht kommende Behörde dem nicht die schuldige Aufmerksamkeit schenke.

Abg. Fieser (nat.-lib.) wendet sich gegen die Abg. Wader und Weis, von denen letzterer der eigentliche Anlaß für das Abtreten der Debatte vom schiedlichen Boden gegeben. Wie sei ein Bormann mit größerer Ungenügsamkeit und ungleich größerer Galtlosigkeit einer Versammlung ins Gesicht geschleudert worden, als der Abg. Weis, daß in den Kreisen, welchen der größte Theil des Landes angehöre, die Sittlichkeit unter der Arbeiterklasse stehe. Als Strafgericht wisse Weiser, daß das städtische Proletariat sich aus den arbeitenden Kreisen rekrutire und daß dasselbe im engsten Zusammenhang mit der Prostitution stehe. Die revolutionäre Bewegung habe zum Verderben der Jugend beigetragen und das Evangelium der freien Liebe, das von der Sozialdemokratie gepredigt und jetzt aus Opportunismus hinter den Grand-jog 'Religion ist Privatangelegenheit' zurückgestellt wurde. Die sittliche Gefahr werde nur beseitigt durch die Mächtig, die sich in die Worte ora et labora zusammenfassen lassen. (Zustimmung im Senat.) Ich sehe, daß Sie vergnügt sind über dieses Unterwürfigkeit und sage deshalb gleich bei, daß ich unter dem ora nicht die blinde Unterwürfigkeit unter die Geistlichkeit verstehe, sondern etwas viel Weiteres. Ich verstehe jede Art von positiver Religiosität darunter. Neben die Gewalt des Staats, neben die physische Anstrengung müsse die moralische treten. (Zurufe im Centrum.) Sie laden mich ein, bei Ihnen Platz zu nehmen, das ist aber durchaus nicht meine Absicht. (Geistesf.) Moral und Religion sind durchaus nicht untrennbare Begriffe. Moral besteht heute in weiten Kreisen ohne positive Religion und er sage mit Bedenken, man mache die Augen nicht recht auf, wenn man das leugne. Neben Zuständen moralischer Verwahrlosung sehe man heute ein Streben nach Durchführung der pro-gressiven Reformen, die niemals da waren. Mit Meiners Judenzustimmung (Debatte) möge man nicht witz. In unserer Zeit leidet die werthvolle Liebe in einem Maße mehr, als früher in Jahrhunderten und wenn alle diese Kräfte zusammenwirken, werde auch die letzte Pest überwunden werden. Auch in diesem Hause werde man zur Herbeiführung der freien Liebe kommen, wenn erst durch die direkte Wahl mehr Sozialdemokraten im Hause seien. Neben dem ora stehe das labora. Ein Schlaraffenland mit wenigen Stunden Arbeit wäre das größte Unglück für die Menschheit. Die Arbeit ist das Recht und Organisationsmittel für den Menschen. Daneben sei für die Arbeiterregelung zu sorgen. Redner protestirt dagegen, daß Wader ohne einen Beweis den ersten Beirathesbeamten in Freiburg in zu unerhörter Weise angriffe. Wenn die Sache untersucht werde, werde nichts übrig bleiben, als eine allgemeine Be-schuldigung gegen einen hervorragenden, tüchtigen Beamten. Dasselbe lie bei Waders Behauptung gegen die Mittelschulen der Fall, bei denen freilich der Geistes-unterschied nicht nach Maßgabe dessen ertheilt werde, was die Geistlichkeit für die Schule hält. In seiner Schule werde etwas gegen die Religion gesagt und wenn schwerere Verfehlungen vorkommen, so liege die Schuld am Eltern-hause. (Beifall.)

Abg. Rat Eichenlohr war sehr angenehm berührt, daß aus dem Hause heraus sofort die beweislose allgemeine Anklage Waders die ent-sprechende Würdigung gefunden haben. Der Abg. Wader habe es scheint nicht mehr ertragen können, bis er auch gegen diesen Oberamtmann sein Verdict in möglichst allgemeiner Form geäußert auszusprechen konnte. Die Wichtigkeit jedes Beamten dürfe hier zum Gegenstand der Kritik gemacht werden, daß ein Beamter aber für unfähig erklärt werde ohne Angabe weiterer Beweise sei durchaus unzulässig. Er stelle Waders Behauptung die seine entgegen, daß der Herr Oberamtmann in langen Jahren sich als sichigere Beamter bewährt hat und stelle es dem Hause anheim, welchen Wert es auf seine oder Waders Behauptung legen will. Die Prostitutionssache sei sehr schwierig und irgendwo müsse man die Prostituirten doch wohnen lassen.

Abg. Schuler (Centr.) polemisiert gegen Wader. Auch heute müsse er sagen, daß man offene Thüren einlöse. Nach ein wenig Geduld und man werde von Reichstag und Regierung Alles bekommen, was man wünsche. Wenn Wader sich nicht nach Jülich nach Jülich gewendet hätte, hätte er noch bessere Aussicht bekommen.

Ministerialrat Glöckner bemerkt auf eine Aeußerung des Vorredners, daß bei den Erhebungen über das Wirksamwerden die Städte Karlsruhe und Mannheim nicht berücksichtigt wurden, weil dies nach der Direktive des Reichstages unmöglich war.

Abg. Dreßbach (Soz.) wendet sich heftig gegen die Abg. Fieser und Wader, welche seine Partei beschimpft hätten.

Präsident Günner: Das sei nicht geschehen.

Abg. Dreßbach: Nicht einmal die anwesenden Vertreter der soz. Partei seien angenommen worden. Er stelle sich in sittlicher Beziehung ge-wohrt neben jedes andere Mitglied des Hauses. Wenn die Arbeiter sich so äußern, so liege das in ihrer Erziehung. Prozentualiter seien sie nicht schlimmer als andere Klassen, auch wenn sie keine positive Religion hätten. Die Partei Wader selbstverständlich vertheidigen müsse. Die Arbeiter hätten sich keine Waisinnen wie die Adl und Hochfinanz und wenn man mehr Arbeiter beauftragt auf der Straße sehe als Kommerzienräthe, so liege das letztere eben heimsüßigen. Die Heidelberger studierende Jugend sei die ver-nünftige wegen ihrer Noth.

Abg. Schaefer bemerkt Wader, daß die Bässe im Kirchenstaat selbst die Prostitution reglementirten und dasselbe in Frankreich von Ludwig dem Heiligen geschah. Erheben gen in den Mittelschulen hätten günstiges über den moralischen Stand ergeben. Das Verhältniß sei am günstigsten in den Schulen, die von den besten Klassen besucht werden. Die Jüdischen kommen den Schülern nur, wenn ihnen in der Religion etwas gelehrt wird, was sie nicht begreifen. Selbstverständlich betriehe sich ein Arbeiter nicht in Cham-pagner, doch habe Redner auch noch keinen betrunkenen Kommerzienrat gesehen, wohl weil diese Gattung sehr viel ertragen könne. (Geistesf.)

Abg. Wader erklärt Fiesers Aeußerung über das Badenwasser für illo-pal.

Abg. Wader hält seine Behauptung über den Freiburger Anstaltsstand aufrecht mit der Erweiterung, daß, wer schon geschäftlich mit ihm zu thun gehabt habe, leistungsfähig könne, daß er auch in anderen Beziehungen nicht auf der Höhe stehe. An den Mittelschulen sei die Unfähigkeit thatsächlich größer als je.

Abg. Rath Eichenlohr: Alles was er gegen Wader gesagt, halte er vollständig aufrecht. Auch für seine jetzt ausgeübte Beschuldigung habe er keinen Beweis anzuführen gewußt.

Abg. v. Stockhorner (Centr.) bedauert den unschönen Verlauf der Debatte.

Abg. Wildens (nat.-lib.) weist den Angriff Dreßbachs auf die Heidel-berger akademische Jugend zurück, den schon Wader einmal gemacht.

Abg. Fieser (nat.-lib.) wendet sich gegen Wader, der immer von So-zialistat spreche und selbst illo-pal verfahren habe und protestirt gegen Dreß-bach's Behauptung, daß er Romdieu und Sozialdemokratie identifizirt habe. Als Richter frage er nie nach der Partei, sondern nach dem Stande der Angeklagten.

Nach einem Schlußwort Wittmann's wird der Kommissionsantrag ein-stimmig angenommen.

Präsident Günner hat dem Hause eine Mittheilung zu machen. Von Vizepräsident Schaefer ist ein Telegramm eingelaufen, demzufolge Geh. Rath v. a. m. g. e. h. o. r. b. e. n. ist. Er glaube, daß im ganzen Lande die Nachricht mit diesem Bedauern vernommen wird, daß wir einen der bedeutendsten Männer verloren haben. Mit dem Ausbruch der tiefsten Trauer und der herzlichsten Theilnahme gedenken wir dieses Verlustes. Alle Parteien ohne Unterschied werden dieser Theilnahme sich anschließen, handelt es sich doch auch um den langjährigen Präsidenten dieses Hauses. Er schlage den Sa-lamentertritt des Senatorenkonvents vor beifügliche Beratung, in welcher Form die Beileidigung des Hauses bei der Beerdigung stattfinden soll.

Abg. Fieser schlägt vor, zunächst der Familie sofort das Beileid durch Telegramm anzusprechen.

Abg. Wader stimmt zu.

Siehe des Zentrums für folgende Anträge auf Aenderung der Be-fassung eingelaufen:

1) Die Vertretung der Kirche in der I. Kammer soll in Zukunft so ge-regelt werden, daß Erzbischof wie Erzbischofverweserisch vertreten lassen können. Das gleiche Recht soll auch dem vom Großherzog ernannten Ver-treter der evangelisch-protestantischen Religionsgemeinschaft gesichert werden. Die bisherigen Bestimmungen lauten:

Die I. Kammer besteht: aus dem Landesbischof und einem vom Großherzog lebenslanglich ernannten protestantischen Geistlichen mit dem Range eines Prälaten.

In Ermangelung des Landesbischofs tritt der Bisthumsverweser in die Ständeverammlung.

An ihre Stelle sollen folgende treten:

1) Aus dem Erzbischof von Freiburg und einem vom Großherzog lebens-langlich ernannten protestantischen Geistlichen mit dem Range eines Prälaten.

Beide haben das Recht, sich durch einen Geistlichen ihrer Konfession vertreten zu lassen.

Während der Nichtbelegung des erzbischoflichen Stuhles tritt der Er-zbischofsverweser in die Kammer ein. Wie der Erzbischof selbst, so so kann auch er sich vertreten lassen.

2) Jede der drei Hochschulen des Landes wählt ihren Abgeordneten auf 4 Jahre aus der Mitte der Professoren. Nur die ordentlichen Professoren haben das Recht zu wählen und gewählt zu werden.

3) Niemand kann zu gleicher Zeit beiden Kammer angehören. Kein Mitglied der 2. Kammer kann zum Mitgliede der I. ernannt werden.

Der geübtere Mitglied der I. Kammer oder bei der Wahl der Grund-herren stimmfähig oder wählbar ist, kann für die 2. Kammer weder gewählt noch gewählt werden.

4) Die 2. Kammer besteht aus Abgeordneten, welche nach Maßgabe der dieser Berufungsurkunde beigegebenen Verteilungssätze, aus all-gemeiner direkter Wahl des Volkes hervorgehen.

Nächste Sitzung Mittwoch Vormittag 9 1/2 Uhr.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 14. Januar. — S. R. H. der Großherzog hat sich heute Nachmittag 4 Uhr 21 Min. nach Konstanz begeben. — S. R. H. der Großherzog ist heute Mittag 12 Uhr 40 Min. nach Freiburg zurückgekehrt.

Nichtspiegel.

* Tagesordnung der Strafkammer III des Gr. Landgerichts Karlsruhe. Mittwoch, 15. Januar, Vormittag 9 Uhr: A. S. gegen Wilhelm Müller aus Rembrun wegen Betrugs. — A. S. gegen Anton Kießheimer aus Königsbach wegen Beleidigung. — A. S. gegen Konstantin Hermann aus Kuppheim wegen Urkundenfälschung. — A. S. gegen August Wilhelm Damm aus Baden wegen Diebstahls. — A. S. gegen Josef Korb aus Seeligenporten wegen Betrugs gegen § 176 St.-G.-B. — A. S. gegen Karl Kippel aus Lichtfeld wegen Betrugs gegen § 176 St.-G.-B. — A. S. gegen Oswald Himmelf aus Ottenau wegen Unterschlagung.

Handel und Verkehr.

* Frankfurt a. M., 14. Jan. (Anfangskurs 12 1/2 U.) Kreditakt. 300.—, Staatsb. 201 1/2, Lombard. 85 1/2, Spross. 25.40, Egypt. 103.70, Ungarn 102.80, Distonto-Romm. 206.53, Gotthardaktien 186.40, 6 1/2, Westb. 100.—, 3 1/2, Westb. 100.—, 2 1/2, 60, Banque Ottomane 111.25, Türkei 103.70, Tendenz: fest.

* Frankfurt a. M., 14. Jan. (Frankf. Schlusskurse I. 2 U. 37. 30. Wechsel Amerik. 148.00, Bombard. 42.40, Russ. 217.25, Rumänien 144.30, Saragossa 167.25, Danubius 44.70.

* Berlin, 14. Jan. (Schlußkurse) Kreditaktien 221.80, Distonto-Romm. 204.70, Nationalbank für Deutschland 140.—, Bodener Aktien 148.—, 204.70, Nationalbank für Deutschland 143.10, Saragossa 168.30, Danubius 44.50, Ber. Rhein-Neckar-Rub. 201.80, Deutsche Metallpatronenfabr. 312.—, Konrad-Papier 49.20, Prämien 3.—, Pros. Tendenz: Eröffnung fest. Umfänglich in heimischen Bahnen, besonders in Weingern. Romanwerte durchweg höher. Fonds fest. — In zweiter Stunde Kolonialmarkt schwächer auf Rückzug in Dresdener Markt.

* Wien, 14. Jan. (Vorsätze) Kreditaktien 306.—, Staatsbahn 351.00, Lomb. 99.—, Marknoten 59.40, 4 1/2, Ungarn 121.85, Spross. 100.15, Deherr. Kronenrente 100.40, Länderb. 235.—, Ang. Kronenrente 98.90, Tendenz: fest.

* Paris, 14. Jan. 3 1/2, Rente 101.52, Spanier 61 1/2, Türkei 20.50, Italiener 83 1/2, Banque Ottomane 62.—, Rio Tinto 392.—

* Frankfurt a. M., 14. Jan. Kreditaktien 299 1/2, Distonto 205.30, Staatsb. 201 1/2, Lombard 85 1/2, Spross 25.40, —, Türkei —, Portug. —, 6 1/2, Westb. 89.—, Sprosser 167. Tendenz: fest.

* Berlin 14. Jan. Distonto-Romm. 205.—, Danubius 44.30, Hoch-mär 148.—.

Drahtberichte.

Berlin, 14. Jan. Die Budgetkommission des Reichstages berieht den Postetat und nahm den Einnahmehaushalt unverändert nach der Regierungsvorlage an, sowie die Reso-lution Lingen, wonach an Sonn- und Festtagen, aus-genommen vom 18.—30. Dezember, die Pade-tbestellung nur im Wege der Selbstbestellung und die Briefbestellung nur einmal erfolgen soll.

Berlin, 14. Jan. Die Nordb. Ag. Ztg. stellt fest ge-genüber den Aeußerungen einzelner englischer Blätter, durch die diese sich bestreben, den Ansehen zu erwecken, als ob von deut-scher Seite entscheidende Erklärungen in der Transvaalfrage gegeben seien, daß nach ihren Informa-tionen von keiner maßgebenden Stelle dergleichen Er-klärungen nach England gelangt sind.

Berlin, 14. Jan. Generalfeldmarschall Graf Blumen-thal hat sich auf ärztlichen Rath von allen Festlichkeiten während des Winters fern zu halten. Deshalb wird bei der Feier am 18. Januar eine Aenderung eintreten in der Person des Trägers des Reichspaniers und der Träger der Reichsinignien.

München, 14. Jan. Die Kammer der Abgeordneten nahm heute einstimmig die Gesetzentwürfe betr. die Schuldverschrei-bungen an Inhaber und betreffend Aenderung der Notariatsge-setze an. Hierauf wurde die Beratung des Etats der Staatsschuld begonnen. Dazu liegt ein Zentrumsantrag Sölbner und Genossen vor: es soll noch in der laufenden Finanzperiode eine Konvertierung von 120 Millionen der allgemeinen 4prozentigen Anleihe und von 967 Millionen der 4prozentigen Eisenbahnschuld in eine 3 1/2prozentige Schuld vorgenommen werden. Die Berechnung

dieses Antrages wurde nach einem längeren Berichte des Referen-därs Schubert auf morgen vertagt.

Odenburg, 14. Jan. In dem Befinden der Frau Groß-herzogin traten gestern bei selten unterbrochenem Schlafe die körperlichen Leiden kaum in die Erscheinung. In den Zwischen-pausen war die Großherzogin in voller Klarheit des Geistes. Die letzte Nacht wurde gut durchschlafen, und ein subjektiv besserer Zu-stand hat sich eingestellt.

Paris, 14. Jan. Hier ist das Gerücht verbreitet, daß bei zwei höheren Offizieren a. D. gestern Nachmittag Haus-suchungen vorgenommen wurden, weil sie im Verdachte stehen, für ihre Vermittlung zur Befreiung Lebaudy's vom Militär-dienste Geld genommen zu haben.

Rom, 14. Jan. (Ausführ. Meldung.) Die 'Agenzia Ste-jani' meldet aus Massana: General Barattieri telegraphirte unter dem gestrigen Datum aus Nigat: Ein gestern früh von Malakke abgegangener Kundschafter berichtet, das gesammte Corps der Schoaner griff am 11. früh Malakke an, wurde jedoch mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Für den 12. d. M. hatten die Belagerer keinen Angriff vorbereitet. Die Wasserquelle, welche in den Feuerbereich des Feindes gelangt war, ist am 10. die-s. Mts. von der Garulion Malakkes wieder gewonnen worden. Die Wasservorräthe sind wieder ergänzt worden. Unter den Schoanern, namentlich den Galles, sollen Fälle von Dysenterie vorgekommen sein. 150 berittene Schoaner unternahmen am 13. d. einen Streifzug nach Samre, wurden aber von der Bevöl-kerung entworfen. Die Nachricht von den großen Verlusten der Schoaner wird auch von einem andern Kundschafter be-stätigt. Gleichfalls wird gemeldet, daß sich im feindlichen Lager durch die nicht beerdigten Leichen Miasmen entwickeln.

Bern, 14. Jan. Der Bundesrat wird der Bundesverjan-mung einen Gesetzentwurf unterbreiten, betr. die Einführung der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung für selbstständig erworbene Personen, mit flatter finanzieller Be-teiligung des Bundes.

Sofia, 14. Jan. Prinz Ferdinand hat heute seine Re-ise ins Ausland angetreten.

Deutscher Reichstag.

(Drahtbericht.) Berlin, 14. Jan.

Der Reichstag erledigte eine Reihe von Rechnungsachen ohne Debatte und setzte darauf die erste Beratung der Novelle zum Ge-richtsverfassungsgesetz und zur Strafprozess-ordnung fort.

Abg. Dr. Kinteler (Str.) vermisst einen Punkt in der Vor-lage, daß es nämlich keinerlei Nichtstimm gegen die Verdicke der Ge-schworenen gebe.

Abg. Lenjmann (fr. Rp.) legt dar, die Reform unseres Strafprozesses sei so aktuell, daß sie nicht länger zurückgeschoben werden könne. Seit 15 Jahren verlange das Volk die Wiedereinführung der Berufung und die Entschädigung unschuldig Beurtheilter. In weiten Kreisen bestehe Unzufriedenheit mit der Nichtspiegel, freilich weniger mit der formalen Seite derselben, als mit der materiellen. Das Volk verstehe einfach die neue Nichtspiegel nicht. Das Volk verstehe es nicht, wie der dolus eventualis in einem wissenschaftlichen Begriffe gemacht werden könne. Redner kommt dann auf den hannoverschen Prozeß nach zurück. Er versteht nicht, warum nicht neben dem Oberstaatsanwalt Dreßler auch Graf Jankensin vernommen worden ist; dann wäre das Vergehen der Staatsanwaltschaft in ganz anderem Lichte erschienen. In der gegenwärtigen Vorlage seien die schlimmsten Mängel, die sich in dem vorigen Entwurfe zeigten, ausgehoben, so daß sie schon für seine Partei annehmbar sei, deren Wünsche ja theil-weise, in 17 Punkten nämlich, berücksichtigt seien. Ich werde mich be-mühen, in der Kommission so mitzuarbeiten, daß was Brauchbares zu-stande kommt, und zwar so schnell wie möglich.

Graf v. Bernstorff (Reichspartei) führt aus, die Verhand-lungen der vorjährigen Kommission sind theilweise vergeblich gewesen; dieselbe hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die praktisch verwerflich sind. Redner spricht sodann im allgemeinen für die Vorlage und betont besonders, daß die Erhöhung der Kompetenz der Schöffengerichte, welche die Vorlage enthält, mit Befriedigung zu begrüßen sei, ebenso die Einführung des Nachweises und die Abhängigkeit des letz-teren vom Vorweiser. Redner schlägt eine Kommission von 21 Mit-gliedern vor.

Abg. Stadthagen (Soz.) bemerkt, die Vorlage sei thatsächlich nichts anderes als ein weiterer Schritt auf dem Wege der Befreiung des Rechtsstaates, bestehend in der Weisungsmacht des Angeklagten und der größeren Unterstellung der Gerichte unter den Staatsanwalt. Die Entschädigung unschuldig Beurtheilter und die Wiedereinführung der Berufung sei demgegenüber nur Vorbereitung. Der Mangel an Vertrauen zu den Gerichten, der zweifellos vorhanden ist, wird durch solche Gesetze noch gesteigert. Daß unschuldig Beurtheilte eine Ent-schädigung bekommen, ist eine selbstverständliche Forderung. Aber die Vorlage hält nicht, was sie verspricht. Zunächst ist das Wieder-nachnahmeverfahren in einer Weise wieder verschlechtert, daß man künftig-hin den mit der Patrone wird suchen können, dem es gelingt, das Wieder-nachnahmeverfahren durchzuführen. Es wird also künftig keine unschul-dig Beurtheilten mehr geben. Warum wird außerdem nicht die Ent-schädigung unschuldig Unterworfener eingeführt? Das ist doch eine berechtigte Forderung.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Reuß.

Redaktionsmitglieder: Heinrich Flach und Ernst Cloß.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alexander Steinhauer, sammtlich in Karlsruhe.

Karlsruhe, Tagesordnung zur 27. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer auf Mittwoch, 15. Januar 1896, Vormittag 9 1/2 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Beratung des Berichtes der Wahlprüfungskommission über die Abgeordnetewahl im 22. Wahlbezirk betr. Berichterstatter: Abg. Fieser. 3) Beratung des Berichtes der Justizkommission über den Gesetzentwurf betr. die Aenderung und Ergänzung des Beamtengesetzes vom 24. Juni 1888. Berichterstatter: Abg. v. Bodman.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.	Barom. mer.	Therm. Celsius.	Wind. in Br.	Feuch-tigk. in Br.	Wind. in Br.	Wind. in Br.	Wetter.
13. Jan. Nachts 9 Uhr	743.5	-0.2	4.2	95	SW.	bedekt	Schnee
14. " Morgs. 7 Uhr	744.2	+1.0	4.3	87	SE.	"	"
" Mittags 2 Uhr	736.1	+1.8	4.9	93	SE.	"	"
Höchste Temperatur am 13. d. - 0.2; niedrigste heute Nacht - 0.3.							

Meteorologische Beobachtungen vom 14. Jan., Morgens 8 Uhr.

Ort.	Barom. u. d. Meeres-niv. in Mill.	Wind. in Br.	Wind. in Br.	Wetter.	Temperatur in Celsius-graden
Aberdeen	751	SW	leicht	halb bed.	0
Stockholm	739	W	mäßig	wolkenlos	-5
Saparanda	726	W	stark	Rebel	-8
Köln	765	SE	leicht	heiter	-2
Genf	754	SW	stark	wolfig	11
Scherzhofen	750	SW	stark	bedekt	10
Hamburg	750	SW	schwach	bedekt	0
Nemetz	746	SW	stark	bedekt	1
Paris	751	SE	mäßig	Regen	3
Karlsruhe	755	SE	mäßig	bedekt	1
Wiesbaden	753	SE	leicht	bedekt	1
München	756	SE	mäßig	wolfig	-2
Berlin	752	SE	leicht	bedekt	0
Wien	760	N	stark	Rebel	-7
Dresden	755	SE	schwach	bedekt	-1
Wizza	757	D	stark	halb bed.	3
Triest	760	ONO	leicht	bedekt	2

Druck und Verlag von Otto Reuß, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.